

Neukölln im Krieg?

Von Gülaysan Karaaslan,
Mitglied der Linksfraktion
in der BVV-Neukölln

Am letzten Oktoberwochenende gab es am Hermannplatz eine Kundgebung unter dem Motto: „Türken und Kurden sind Brüder“, organisiert von türkischen Vereinen und Verbänden. Nach der Kundgebung setzte sich ein unangemeldeter Demonstrationzug in Richtung Kottbusser Tor in Bewegung. Das nutzten einige Chaoten und Extremisten, unter anderem auch Mitglieder der faschistischen Grauen Wölfe, um Jagd auf alles zu machen, was kurdisch aussah. Eine kurdische Moschee wurde angegriffen, mehrere Polizisten wurden verletzt. In blinder Wut schlugen sie sogar auf unbeteiligte Passanten ein, nur weil diese Palästinenserschuhs trugen.

Ein besonderer Dank ist hier an die Polizei zu richten, die umsichtig handelte und auch energisch eingriff, um Schlimmeres zu verhindern. Zu hinterfragen ist das Verhalten jener türkischen Vereine und Organisationen, die auf einer angeblichen Friedenskundgebung pogromartige Stimmung und Hetze gegen alles Kurdische zuließen.

Ein fruchtbarer Dialog kann nur friedlich geführt werden, so wie auf der Kundgebung am 4. November, organisiert von kurdischen Vereinen. Nur auf der Basis gegenseitigen Respekts und vorurteilsfreien Herangehens ist ein friedliches Miteinander möglich. Bei vergleichbaren Problemlagen hat sich oft der so genannte „Runde Tisch“ bewährt. Gerade in Neukölln sollten wir diese Variante des Aufeinanderzugehens nutzen. Die kurdischen Vereine haben ihre Bereitschaft dazu signalisiert.

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Wasser: Wir zahlen, die Profite sprudeln

Weil internationalen Wasserkonzernen Renditen garantiert werden, werden die Mieter verstärkt zur Kasse gebeten

Haben Sie schon die Jahresabrechnung der Mietnebenkosten für 2006 erhalten? Wieder wird der Posten „Wasser“ höher sein als im Vorjahr. Zwei Gründe gibt es dafür. Erstens: Die internationalen Wasserkonzerne Veolia und RWE, seit der Teilprivatisierung Miteigentümer der Berliner Wasserbetriebe, fordern ihre Rendite ein. Zweitens: In Berlin geht man sparsamer mit dem Lebensmittel Nummer Eins um und verbraucht weniger Wasser – die Kosten werden auf die geringere Menge umgelegt.

Die Berliner Wasserpreise liegen inzwischen in der bundesdeutschen Spitzengruppe. Vor der Teilprivatisierung im Jahr 1999 durch den CDU/SPD-Senat war das anders. Trotzdem hieß es von Seiten des Diepgen-Senats: Wenn Veolia und RWE die Geschäfte der Berliner Wasserbetriebe führen werden, wird es für alle günstiger. Aber das Gegenteil trat ein.

Geheimvertrag begünstigt Wasserkonzerne

Nach einer kurzen Stillhaltephase langten die internationalen Wasserkonzerne kräftig zu. Der Grund: Im Investorenvertrag wurden ihnen Bedingungen eingeräumt, von denen andere nur träumen können. Garantierte Rendite ohne Geschäftsrisiko. Doch dieser Vertrag ist geheim. Deshalb fordert jetzt ein Volksbegehren dessen Offenlegung. Damit die Berlinerinnen und Berliner erfahren können, weshalb es besser wäre, wenn die Wasserbetriebe wieder allein dem Land Berlin gehören würden. Ein erster Erfolg: Das Land Berlin und Veolia sind inzwischen bereit zur Veröffentlichung der Verträge. Jetzt fehlt nur noch RWE. Deshalb werden für das Volksbegehren weitere Unterschriften gesammelt.

Weniger Wasserverbrauch – höhere Kosten

In Berlin wird sparsamer mit der kostbaren Ressource Wasser umgegangen. Auf dem Klo wird auf die Spartaste gedrückt. Neue Haushaltsgeräte verbrauchen weniger Wasser. Das ist positiv. Aber: Die Kosten für die Kanal- und Rohrnetze wurden auf immer geringere Mengen umgelegt. Steigende Preise je Kubikmeter Trink- und Abwasser waren die Folge, zusätzlich zu den Zahlungen an Veolia und RWE. Seit Juli dieses Jahres gilt ein neues Tarifmodell der Was-



Foto: KDH

Vor dem Rathaus Neukölln aktiv: LINKE-Mitglieder der Basisorganisation Rixdorf sammelten Unterschriften für das Volksbegehren zu den Wasserbetrieben.

serbetriebe. Künftig wird nicht mehr nach einem einheitlichen Preis für Wasser und Abwasser abgerechnet. Das neue Tarifsysteem besteht aus einem Grundpreis und einem Mengen- bzw. Arbeitspreis.

Neues Tarifsysteem umstritten

Aus Sicht der Wasserbetriebe soll die Veränderung „aufkommens- und ergebnisneutral“ sein. Für den einzelnen Kunden verändern sich jedoch die Preise. Wer viel Wasser verbraucht, wird mit dem neuen Tarif belohnt – Kleinverbraucher und Wassersparer hingegen werden bestraft, weil sie relativ mehr zahlen müssen. Der Wirtschaft geht die Tarifreform nicht weit genug. Vermutet wird, dass mit dem neuen Tarifmodell der erste Schritt hin zu Mengenrabatten vorbereitet werden soll, wie es von der Industrie- und Handelskammer (IHK) seit längerem gefordert wird. Die Wasserzerche hätten dann wiederum die Berlinerinnen und Berliner insgesamt zu zahlen. Die nächste Wasserpreiserhöhung ist für Januar 2008 bereits angekündigt.

*Klaus-Dieter Heiser
Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE.Neukölln*

Trotz Dussmann-Absage und Kritik aus Abgeordnetenhaus und Senat sollen private Sicherheitsdienste Neuköllner Schulen schützen

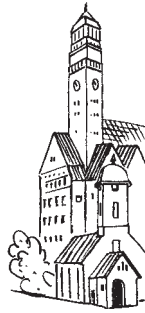
Die Absage der Firma Dussmann hatte die Debatte um den Einsatz privater Sicherheitsdienste an den Schulen Neuköllns noch einmal neu entfacht. Doch Bezirksstadtrat Uwe Schimmang (SPD) machte gleich zu Beginn der Debatte in der BVV klar, dass der Bezirk an seinem bundesweit einmaligen Plan festhalte. Am Morgen habe das Bezirksamt die Firma Germania mit der Aufgabe betraut, teile er mit. An insgesamt 13 Schulen an zehn Standorten sollten die schwarzen Sheriffs von Dezember an patrouillieren. Im kommenden Sommer solle das rund 200.000 Euro teure Pilotprojekt erst einmal ausgewertet werden, bevor über die Fortsetzung entschieden werde.

CDU versucht sich zu profilieren

Bei der CDU frohlockte man unterdessen. Das Projekt, das die Christdemokraten im Bezirksamt und in der BVV mitgetragen hatten, war nicht in Gefahr. Gleichzeitig bot sich die Chance, Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und Bezirksstadtrat Uwe Schimmang (beide SPD) die Schuld an der Dussmann-Pleite in die Schuhe zu schieben. CDU-Fraktionschef Falko Liecke warf ihnen vor, die Ausschreibung für den Wachschutz dilettantisch organisiert zu haben, weil es ihnen nur um Medienaufmerksamkeit gegangen sei. Er bezichtigte die beiden SPD-Politiker sogar, an einer Profilneurose zu leiden.

LINKE bekräftigt Ablehnung

DIE LINKE kritisierte, die CDU wolle aus der Auseinandersetzung um den privaten Wachschutz an Neuköllns Schulen lediglich politisches Kapital schlagen, was bei einem so ernstesten Problem unangemessen sei. Christian Posselt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender,



Aus dem
Neuköllner Rathaus

Neukölln beharrt auf Alleingang

stellte zudem erneut klar, aus Sicht der LINKEN könne die Antwort auf das Gewaltproblem an den Schulen nicht im Einsatz schwarzer Sheriffs liegen. Den anderen Fraktionen hielt er Aussagen ihrer eigenen Landesparteien entgegen. Berlins Innensenator Erhart Körting habe beispielsweise gesagt, die Disziplin an Schulen sei „nicht durch paramilitärische Einheiten, sondern nur durch Pädagogik herzustellen“. „Wenn Sie unseren Argumenten schon kein Gehör schenken, dann glauben Sie doch wenigstens ihren eigenen Parteifreunden“, forderte Posselt. Der Bezirk müsse daher noch einmal das Gespräch mit Senat und Abgeordnetenhaus suchen und mehr Sozialarbeiter einfordern.

SPD kritisiert eigenen Innensenator

Der SPD blieb daraufhin nichts anderes übrig, als sich von ihrem eigenen Innensenator zu distanzieren. Jürgen Koglin, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten, kritisierte Körtings Unvermögen in dieser Frage. Schimmang und Buschkowsky mühten sich, die Vorwürfe der CDU zurückzuweisen und die Kritik der LINKEN abzuwehren. Bedenkliche Entwicklungen in der Gesellschaft dürfe man nicht schulterzuckend hinnehmen, man müsse ein Signal setzen, sagte Buschkowsky.

Attraktives Zentrum

Der Richardplatz soll umgestaltet werden

Der Startschuss ist gefallen. Nachdem eine Anwohnerversammlung am 25. Oktober eine überwiegend positive Resonanz gebracht hatte, verabschiedete die BVV auf Initiative von SPD, Grünen und LINKEN am 31. Oktober Eckpunkte für die geplante Neugestaltung des Richardplatzes.

Vorgesehen ist, den Durchgangsverkehr zwischen Karl-Marx-Straße und Sonnenallee zu unterbinden. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass sich der Verkehr in benachbarte Straßen verlagert. Den Gewerbetreibenden am Platz sollen durch den Umbau keine Nachteile entstehen. Der Platz soll im Gegenteil attraktiver, das kulturelle und gastronomische Angebot verbessert werden.

Bis die Bauarbeiten beginnen, wird es aber noch einige Zeit dauern. Die drei Parteien sind sich darin einig, die Umgestaltung nur im engen Dialog mit den Anwohnern anzugehen. Das Geld für die Umgestaltung ist im Doppelhaushalt für die Jahre 2008 und 2009 bereits eingeplant.



Am Richardplatz 16 präsent: Das Neuköllner Zentrum der LINKEN

Ohrfeige für die CDU

Gutachten: Erneuerung der Straße ist gebührenpflichtig

Der Streit um die Erneuerung der Straße Alt-Rudow droht zu einer unendlichen Geschichte zu werden. In der letzten BVV-Sitzung sollte ein Gutachten die strittigen Fragen ein für allemal klären.

Vor allem die CDU versuchte sich dabei immer wieder als Anwalt der Anwohner darzustellen und argumentierte, das Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG), das die finanzielle Beteiligung der Anwohner an grundlegenden Sanierungsarbeiten regelt, sei hier nicht anzuwenden. Die ehemalige Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) hatte den Bürgern gar versprochen: „Das Geld für diese Straße kommt aus dem Bezirkshaushalt, nicht aus Ihrem Portemonnaie.“

Das Gutachten allerdings legt den Schluss nahe, dass es sich bei der Aussage Vogelsangs

entweder um Wunschdenken oder um ein Wahlkampfversprechen handelte. Die Voraussetzungen für die Anwendung des StrABG seien gegeben, so das Fazit der Autoren. Bei den geplanten Baumaßnahmen handle es sich um eine grundlegende Erneuerung der Straße und nicht, wie von der CDU behauptet, um eine nicht beitragspflichtige Instandsetzung. Auch das wiederholt ins Feld geführte Argument, der Ausbau der Straße habe schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begonnen, weshalb dieses nicht anzuwenden sei, greife nicht. Und auch Vogelsangs umstrittenes Versprechen erhielt ein vernichtendes Urteil: es sei rechtlich unwirksam.

Christian Posselt
stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der LINKEN in der BVV Neukölln

Orte des Schreckens

Gedenktafel in Rudow soll an nationalsozialistisches Unrecht erinnern

Besonders im Süden Neuköllns treiben seit einiger Zeit Neonazis ihr Unwesen. Gegen deren Versuche, die Geschichte zu verfälschen, will der Bezirk jetzt ein Zeichen setzen.

Auf Initiative von SPD, Grünen und LINKEN soll in der Nähe des U-Bahnhofs Rudow eine Gedenktafel aufgestellt werden, die an Orte nationalsozialistischer Verbrechen erinnert. Eine vergleichbare Tafel mit den Namen der nationalsozialistischen Vernichtungslager gibt es bereits auf dem Wittenbergplatz im Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

„Ich vertraue den Frauen“

Die Neuköllner Autorin Erica Fischer („Aimée & Jaguar“) sprach mit Neu-Köllnisch über ihr neues Buch, die Stolpersteine vor ihrem Haus und Mädchen mit Kopftüchern.



Erica Fischer (links) bei der Einweihung der Stolpersteine

Im Gehweg vor Ihrem Wohnhaus erinnern jetzt zwei Gedenksteine an jüdische Bewohner, die von den Nazis ermordet wurden. Sie haben diese so genannten Stolpersteine gemeinsam mit Nachbarn gestiftet. Warum haben Sie sich für diese Form des Gedenkens entschieden?

Wo diese Stolpersteine vor Häusern liegen, zeigen sie das Ausmaß der Verfolgung. Ich weiß von mir selbst, dass ich stehen bleibe und sie mir ansehe, wenn ich welche sehe. Ich habe auch hier schon beobachtet, dass Leute stehen bleiben. Den Ausdruck „Stolpersteine“ finde ich wunderbar zutreffend.

Ihre Eltern – eine polnische Jüdin und ein Österreicher – flüchteten 1938 selbst vor den Nazis

nach Großbritannien. Zehn Jahre später kehrten sie nach Wien zurück. Was für Hoffnungen verbanden sie mit ihrer Rückkehr?

Mein Vater wollte zurück, weil er seine Familie dort hatte. Als Sozialist hoffte er auch auf ein neues Österreich. Nach seiner Rückkehr war er in der SPÖ, immer links vom Mainstream. Mir ist nicht bewusst, dass er besonders aktiv war, aber er schrieb viele Leserbriefe an die Arbeiterzeitung, die Tageszeitung der SPÖ, und später an das Wiener Tagebuch, die Zeitung der kommunistischen Dissidenten nach dem Prager Frühling. Darin hat er sich zum Beispiel leidenschaftlich gegen den Vietnamkrieg geäußert. Meine Mutter ist einfach mit ihm nach Wien gegangen, aber das war eine unglückliche Entscheidung.

In Ihrem neuen Buch „Himmelstraße“ schildern Sie die Zerrüttung ihrer Familie als eine Folge dieser Einscheidung. Ihre Familie beschreiben Sie als kalt, Wien als unheimlich. Wie war es, in dieser Zeit aufzuwachsen?

Ich empfand meine Teenagerzeit als sehr bedrückend. Inwieweit meine Familie dafür verantwortlich war oder die politische Situation, ist heute schwer zu sagen. Ich erinnere mich, dass wir immer darüber geredet haben, dass die alten Nazis noch überall waren. 1965 gab es eine große Demonstration gegen antisemitische Umtriebe an der Universität, und bei einer Demonstration erschlug ein Nazi einen kommunistischen Arbeiter. Der Trauerzug war gigantisch. Das zeigt auch das antifaschistische Potenzial. Aber mich hat das alles so mitgenommen, dass ich für ein Jahr nach England gegangen bin.

Nach 1968 fand in ganz Europa ein linker Aufbruch statt. Wie haben Sie ihn erlebt?

In den 1970er Jahren war Österreich wunderbar. Da wehte ein frischer Wind durchs Land. Wir haben viel verändert. Am Anfang hieß es bei der SPÖ, wir brauchen keine Frauenbewegung, doch am Ende wurde die sozialdemokratische Frauenministerin zu einer aufrechten Feministin. Es war unvorstellbar, dass wir uns in Europa noch mal mit dem Thema Krieg auseinandersetzen müssen. Auch das heutige Ausmaß an Rassismus konnten wir damals nicht voraussehen.

Sie leben seit 1998 in Neukölln. Unser Stadtteil wird immer dann vorgeführt, wenn es darum geht, eine angeblich mangelnde Integrationsbereitschaft zu belegen. Wie sehen Sie das?

Ich habe mich hier immer sicher gefühlt. Ich denke, die Lage an den Schulen beispielsweise ist vor allem unserem Schulsystem geschuldet. Lange gab es gar keine Bereitschaft, für eine Integration zu sorgen. Ich sehe rund um mich eher arme Leute – Migranten und Deutsche. Aber natürlich nehme ich auch die Aggressivität junger türkischer Männer und bei den Frauen die wachsende Zahl von Kopftüchern wahr.

Sie riefen in den 1970er Jahren die österreichische Frauenbewegung mit ins Leben. Wie bewerten Sie den Streit um das Kopftuch?

Ich habe kein Problem mit dem Kopftuch. Sicher gibt es Mädchen, die dazu gezwungen werden, es zu tragen, das finde ich falsch, da muss man die Mädchen unterstützen. Aber es gibt auch viele andere Gründe, es zu tragen, die ich verstehe und akzeptiere. Ich habe großes Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit der jungen Migrantinnen und finde es unerträglich, dass man ihnen nichts zutraut.

Das Gespräch führte Jan Maas.

Der lange Schatten der Shoah

In ihrem neuen Buch „Himmelstraße“ erzählt Erica Fischer die bittere Geschichte ihrer Familie. Ihre rebellischen Eltern flüchteten 1938 vor den Nazis nach Großbritannien, die Eltern ihrer Mutter wurden in Treblinka vergast. Die junge Familie, die 1948 nach Österreich zurückkehrte, zerrüttete immer mehr. Erica Fischer verknüpft das Leben ihrer Eltern, ihre eigene Jugend und die Gegenwart auf sehr lesenswerte Weise zu einer interessanten, aber düsteren Familiengeschichte der Nachkommen der Shoah-Opfer. Am 4. Dezember um 20 Uhr liest Erica Fischer im Literaturhaus Berlin (Fasanenstraße 23, 10719 Berlin) aus „Himmelstraße“ (Erica Fischer: Himmelstraße, Rowohlt Berlin, 19,90 Euro).



Fotos: Jan Maas

Stolpersteine in Neukölln

Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Sie erinnern an NS-Opfer, indem sie vor deren letzten bekannten, frei gewählten Wohnorten verlegt werden. Inzwischen gibt es in vielen Städten Stolpersteine, insgesamt mehr als 12.500. Alle wurden privat gestiftet. In Neukölln liegen acht Stolpersteine, zu denen bald weitere kommen sollen, unter anderem für Olga Benario. Eine Ausstellung im Museum Neukölln informiert vom 9. November bis zum 30. März darüber. Am 12. Dezember um 18 Uhr findet dort eine Podiumsdiskussion zum Thema unter anderem mit Erica Fischer statt. Mehr Infos im Internet: www.stolpersteine.com

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

jeden Donnerstag, 19 Uhr
Richardplatz 16

BO Rixdorf

23. November, 19 Uhr
Diskussion: „Zur Tarifeinwanderung
im öffentlichen Dienst Berlins“
Richardplatz 16

BO Hermannstraße

28. November und
12. Dezember, 19 Uhr
Salvador Allende Zentrum, Jonasstraße 29

BO Süd

17. November, 11-12.30 Uhr
Info-Stand Gropiuspassagen

BO Reuterkiez

17. November, 11-13 Uhr
Info-Stand Hermannplatz
22. November, 19 Uhr
Dunmore Cave, Maybachufer 44

BO Demokratische Linke

26. November, 19 Uhr
Richardplatz 16

Linksjugend [´solid]

28. November, 18 Uhr
Richardplatz 16

AK Erwin

20. November, 11- 14 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
27. November, 17 Uhr
Arbeitstreffen
Richardplatz 16

Kein Platz für Nazis!

Am 1. Dezember wollen rechtsextremistische NPD und sogenannte Kameradschaften in Treptow-Köpenick und Neukölln aufmarschieren. Sie wollen unsere Bezirke für ihre undemokratischen Zwecke und ihre dumpfen Parolen missbrauchen. Dagegen bildet sich ein breites demokratisches Bündnis, um gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt einzustehen.

Machen Sie mit!

Weitere Informationen unter:
www.mbr-berlin.de
und in der aktuellen Presse

Impressum

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 12. November 2007

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · November 2007

Neuer Bezirksvorstand lädt zur **Mitarbeit in der LINKEN** ein

DIE LINKE wirkt: Ob gesetzlicher Mindestlohn, Kampf gegen Kinderarmut oder Frieden für Afghanistan – die anderen Parteien greifen unsere Vorschläge auf. Das ist gut. Nun müssen Taten folgen.

Die Lebenssituation der Menschen verbessert sich nicht durch Worte. Das wissen wir in Neukölln leider besonders gut: Die Arbeitslosigkeit ist fürchterlich hoch, nirgends sind die Folgen von Hartz IV so offensichtlich, hier leben besonders viele Kinder in Armut.

DIE LINKE hat sich gegründet, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diese Zustände zum Guten zu verändern. Auch in Neukölln vertritt DIE LINKE die Interessen der Beschäftigten, der Einkommensschwachen und sozial Ausgegrenzten und streitet für mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden – innerhalb und außerhalb des Parlaments. Beispielsweise setzen wir uns dafür ein, dass die Hilfen zur Erziehung ausgebaut werden, und kämpfen auch in Neukölln für Gemeinschaftsschulen.

Wir sind überzeugt: Erfolg haben wir nur, wenn sich immer mehr Menschen in die Politik einmischen und sich organisieren, um für ihre Interessen zu streiten. Denn nur gemeinsam sind die Schwachen stark. Wir laden Sie herz-

lich ein, bei der Neuköllner LINKEN mitzumachen.

Schon heute ist unser Trumpf das Engagement, die Leidenschaft und Erfahrung vieler Mitglieder. Zurzeit sind wir dabei, in den Neuköllner Kiezen Basisorganisationen (BO) zu gründen. Dort beratschlagen und entscheiden wir über politische Schwerpunkte, wir knüpfen Kontakte zu Vereinen und Initiativen und planen Aktivitäten wie Veranstaltungen, Diskussionsabende, Lesekreise und Informationsstände. Darüber hinaus befassen sich Arbeitsgruppen mit den politischen Schwerpunkten des Bezirksverbands. Schauen Sie bei uns vorbei!

Falls Sie Fragen und Anregungen zur politischen Arbeit der LINKEN.Neukölln haben, stehen wir Ihnen jederzeit gerne Rede und Antwort. Wir freuen uns auf Sie!

*Ruben Lehnert und Irmgard Wurdack,
Bezirksvorstandssprecher/-innen
der LINKEN Neukölln*

Kontakt:

Ruben Lehnert, 0176/29 64 92 75,
ruben.lehnert@gmx.de
Irmgard Wurdack, 0178/851 28 71,
irmgard_wurdack@gmx.de

Auf der Straße gegen Preistreiberei

Bei ihrem ersten Infostand sammelte die Basisorganisation (BO) Rixdorf Unterschriften für das Wasser-Volksbegehren

Regen Zuspruch fand die BO Rixdorf Mitte Oktober mit ihrem ersten Informationsstand vor dem Rathaus Neukölln. Im Mittelpunkt der Aktion standen die Wasserpreise. Der Zusammenhang der Wasserpreiserhöhungen mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe wurde erläutert: Durch die geheimen Verträgen mit den Investoren Veolia und RWE erhalten diese eine garantierte Rendite.

Für die Straßendiskussion hatte sich die Ende September gegründete BO Rixdorf auf

einem Treffen mit Fachleuten vorbereitet. Die BO will Mitglieder der LINKEN und andere Interessierte zusammenzuführen. Geplant sind Veranstaltungen und Informationsaktionen. Im Mittelpunkt sollen soziale Probleme, insbesondere Hartz IV, stehen. In der Basisorganisation ist jeder willkommen: Egal ob jung oder alt. Egal welcher Nationalität. Auch Kulturarbeit im Kiez will die BO entwickeln.

Kontakt:

Franziska Lorenz-Hoffmann, 66 64 97 56,
franziskalorenz-hoffmann@web.de

Informationen zum Volksbegehren:
www.berliner-wassertisch.net

LINKE verankert sich im Reuterkiez

Am 25. Oktober hat sich die Basisorganisation (BO) Reuterkiez der LINKEN in Neukölln gegründet.

Ziel der BO ist die Organisation von Aktivitäten und die Verankerung der Partei im Kiez zwischen Karl-Marx-Straße, Maybachufer, Fuldastraße und Kottbusser Damm. So organisiert die BO als erste Aktivität einen Info-Tisch auf dem Hermannplatz und sammelt dort Unterschriften für das Wasser-Volksbegehren.

Ein wichtiges politisches Thema im Norden Neuköllns ist die Stadtteilentwicklung. Manche

Anwohner befürchten angesichts der wachsenden Zahl von Bars und Galerien mittelfristig steigende Mieten. Die Basisorganisation Reuterkiez hat sich zum Ziel gesetzt, in der nächsten Zeit eine Veranstaltung zu diesem Thema zu organisieren. Als Gäste sind angedacht: Ein Neuköllner Stadtrat, der Stadtforscher Andrej H. und Vertreter der beiden Initiativen, die vor der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung warnen.

Kontakt:

Daniel Friedrich, 0163/782 78 92,
dan.friedrich@web.de